



Bundesministerin für Umwelt,
Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit
Frau Ministerin Dr. Barbara Hendricks
11055 Berlin

Umsetzung der EU Biokraftstoff-Reform in Deutschland

Berlin, den 7. Oktober 2015

Sehr geehrte Frau Bundesministerin,

der Europäische Rat hat im Juli dieses Jahres die Reform der Biokraftstoffpolitik der EU verabschiedet. Als nächster Schritt steht nun die Umsetzung in den Mitgliedsstaaten an. Wir möchten Sie bitten, von der Möglichkeit Gebrauch zu machen, eine wesentlich niedrigere Obergrenze für den Anteil von Biokraftstoffen aus Nahrungsmitteln für Deutschland festzulegen. Nur so lassen sich die verheerenden Folgen für die Menschen im Süden und für die Umwelt eindämmen und die deutsche Biokraftstoffpolitik stärker in Einklang mit den globalen Nachhaltigkeitszielen bringen.

Der Beschluss der EU, die Obergrenze auf sieben Prozent zu begrenzen, geht aus unserer Sicht nicht weit genug. Sie erlaubt es, dass der aktuelle europäische Verbrauch noch um 50 Prozent gesteigert werden kann. Es ist bedauerlich, dass politische Entscheidungsträger dem Druck der europäischen Biokraftstoffindustrie und der Agrarlobby nachgegeben und einer derartigen möglichen Steigerung zugestimmt haben. Auch in Deutschland widersetzt sich die Industrie vehement einer Reduzierung der Beimischung, wie eine Presseinformation des Bundesverbandes der deutschen Bioethanolwirtschaft vom 10. September 2015 verdeutlicht.

Setzen Sie ein klares Zeichen für Umwelt- und Klimaschutz sowie die Ernährungssicherung weltweit und geben Sie nicht den Forderungen der Industrie nach. Eine Steigerung des Einsatzes von Biokraftstoffen aus Ackerpflanzen verschärft unserer Meinung nach die Probleme, die wir bereits heute feststellen müssen: Landkonflikte, die Zerstörung intakter Naturräume, Wasserprobleme und eine Flächenkonkurrenz zulasten der Nahrungsmittelproduktion. Dabei liefern Biokraftstoffe aus Ackerpflanzen selbst unter günstigsten Bedingungen keinen nennenswerten Beitrag zum Klimaschutz. Unter Berücksichtigung indirekter Landnutzungseffekte ist ihre Treibhausgasbilanz wahrscheinlich sogar negativ.

Sehr geehrte Frau Ministerin, bitte nutzen Sie Ihre Möglichkeiten, sich für eine deutlich niedrigere Obergrenze in Deutschland und gegen die Erhöhung der

Treibhausgasreduktionsquote einzusetzen und damit einen Beitrag zur Ernährungssicherung, Menschenrechte und den Klimaschutz zu leisten.

Bitte teilen Sie uns mit, welche Schritte Sie unternehmen werden. Über eine Einladung zu einem persönlichen Gespräch oder Telefonat würden wir uns sehr freuen.

Mit freundlichen Grüßen



Olaf Bandt,
Bundesgeschäftsführer Politik und Kommunikation, BUND e.V.



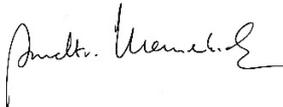
Michael Ziesak,
Bundesvorsitzender, Verkehrsclub Deutschland e.V.



Marion Lieser,
Geschäftsführerin, Oxfam Deutschland e.V.



Reinhard Behrend,
1. Vorsitzender, Rettet den Regenwald e.V.



Arndt von Massenbach,
Geschäftsführer, INKOTA-netzwerk e.V.



Alex Flor
Co-Geschäftsführer, Watch Indonesia!

Ansprechpartnerin:

*Katrin Wenz, BUND, Am Köllnischen Park 1, 10179 Berlin, Tel.: 0049 (0)30 275 86549,
katrin.wenz@bund.net*